

INFOMAPPE

PROURLAUB - FERIENGÄSTE GEGEN DAS BOMBODROM

Drucken Sie sich die Seiten bitte auf hellblauem oder weißem Papier aus und schneiden Sie die einzelnen Beiträge auseinander (siehe rechts)

! die Seiten 2/3, 4/5, 6/7 **zweiseitig** ausdrucken !

Bitte legen Sie nur von ProUrlaub mit

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

freigegebene Infos in die Mappe.

Für zusätzliche Text sind wir dankbar!

Schicken Sie sie als Text-Datei an

ProUrlaub@t-online.de,

wir werden sie (nach Absprache mit den BIs)

beim nächsten Update einbeziehen.

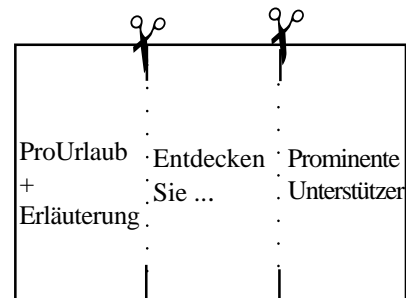
Mit freundlichen Grüßen

R.Alheit + R. Flütsch

Lindenstr. 11, 16775 Stechlin-Menz

Telefon 033082 40 772

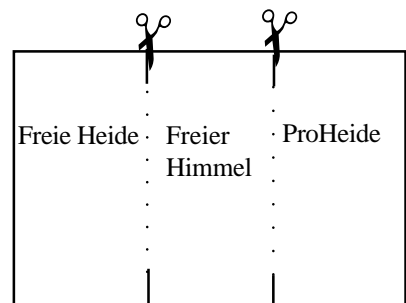
1. Erläuterung
der Aktion/
Wichtiges



Seite 2
Seite 3

Vorderseite
Rückseite

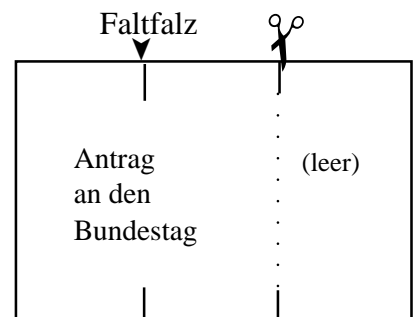
2. die drei
Bürgerinitiativen



Seite 4
Seite 5

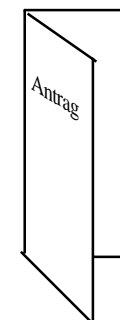
Vorderseite
Rückseite

3. Bundestags-
Antrag/



Seite 6
Seite 7

Vorderseite
Rückseite



Diese Datei ist mit dem Öffnen freigeben!



Liebe Feriengäste,

ein paar kurze Informationen:

Die Entscheidung über die Gerichte sieht zwar für die Bombodromgegner bisher sehr positiv aus (alle Vorentscheide sind zu Gunsten der Bombodromgegner entschieden worden), sie kann sich aber in den Hauptsacheverfahren noch jahrelang hinziehen.

Die Menschen dieser Region und insbesondere die Tourismusbranche und deren Investoren brauchen aber Planungssicherheit, das gebietet schon die Wirtschaftlichkeit.

Seit 1992 Jahren kämpft die Bürgerinitiative **FREie HEIDe** um die Erhaltung unserer Region. Weitere BIs schlossen sich dem Widerstand gegen das Bombodrom an: **FREIER HIMMEL**, der die Müritzgegend vertritt, und seit drei Jahren **ProHeide**, die die Interessen der Wirtschaft in dieser Region vertritt. (Organisationen und Prominenten, die sich gegen das Bombodrom aussprechen, finden sie in der Infomappe).

Die Initiative **ProUrlaub – Feriengäste gegen das Bombodrom** entstand im Jahre 2004 aus der Erkenntnis, dass regionale Initiativen nicht mehr ausreichen und wir bundesweite Aufmerksamkeit brauchen.

ProUrlaub richtet sich daher speziell an Sie, denn wer wäre geeigneter als unsere Feriengäste, die hier vor Ort sind und erkennen können, was auf dem Spiel steht: eine herrliche Natur- und Kulturlandschaft – Ihr Urlaubsziel (und unsere Heimat) ➤

ENTDECKEN SIE DIE RUPPNER HEIDE ...

... ausgedehnte Wälder, idyllische Seen, Wiesen, Weiden und Ackerflächen prägen das Bild der Ruppiner Heide. Eingerahmt von dieser typischen Landschaft laden Sie Kleinstädte und ursprüngliche Dörfer zum Verweilen ein. Besuchen Sie Rheinsberg, Neuruppin und Wittstock zum Einkaufsbummel, Stadtbesichtigung, Museumsnachmittag sowie Konzert-, Kammeroper- oder Theaterabend. Erleben Sie die Landschaft hautnah in den Dörfern der Region. Besuchen Sie die zahlreichen Feld- und Backsteinkirchen. Erfahren Sie den örtlichen Alltag in unseren Dorfgaststätten. Erkundungen der einzigartigen Natur sind zu Fuß, per Fahrrad, mit dem Boot oder zu Pferd möglich. Inmitten der vielfältigen Landschaft hat sich auf dem ehemaligen militärischen Übungsgelände der Sowjetarmee eine einmalige Heidelandschaft entwickelt. Diese bietet Lebensraum für Schafschwingel, Grasnelke, Sandthymian, Schwarzdorn, Schlehe und Wachholder sowie die bedrohten Arten Fliegenragwurz und Hummelragwurz. Außerdem fühlen sich die Rote-Liste-Arten Kreuzotter, Neuntöter, Fischadler bzw. Seeadler und die Kreiselwespe in der Heide wohl. Beschauliche Ruhe und wunderschöne Natur bilden den Schatz dieser Gegend, an der sich außer den Einheimischen eine zunehmende Zahl von Gästen erfreut. In den letzten Jahren wurde viel in eine behutsame touristische Erschließung des Gebietes durch Wander-, Reit- und Radwege sowie in die Gästebetreuung investiert.

Aber mitten in dieser traumhaften Landschaft will die Bundesregierung den größten Bombenabwurfübungsplatz Europas einrichten!

Dagegen gibt es heftigen Widerstand aus der Bevölkerung. ➤

Folgende Organisationen des öffentlichen Lebens haben sich gegen eine Inbetriebnahme des Bombodroms ausgesprochen:

Landesbauernverband Brandenburg
Hotel- und Gaststättenorganisation (HOGA) BRB
Hotel- und Gaststättenorganisation Mecklenburg-V.
Wirtschaftsjunioren Berlin-Brandenburg
Fürst Donnersmarck-Stiftung
Internationale Liga für Menschenrechte
Landesverband der Brandenburger Haus-, Wohnungs- u. Grundeigentümergevereine e. V.
DAK-Kreisverband Neuruppin
IHK, Bezirk Potsdam
Berlin Tourismus Marketing GmbH
CDU Kreisverband Fürstenberg / Havel
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V.
FDP-Kreisverbände Müritz und Meckl. Strelitz
Landkreise Müritz, Meckl. Strelitz
Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg
Handelsverband Berlin-Brandenburg
BTW Bundesverband der deutschen Tourismuswirtschaft

Folgende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben sich gegen eine Inbetriebnahme des Bombodroms ausgesprochen:

Matthias Platzeck
Ministerpräsident des Landes Brandenburg
Dr. Harald Ringstorff
Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Bischof Wolfgang Huber
Vorsitzender des EKD
Ulrich Meißner
Leiter des Nationalparkamtes Müritz
Christian Gilde
Landrat des Kreises Ostprignitz-Ruppin
Jürgen Seidel
Landrat des Kreises Waren
Karl-Heinz Schröter
Landrat des Kreises Oberhavel ➤

Angelika Beer

Bündnis 90/Die Grünen

Prof. Siegfried Matthus

Komponist und Leiter Kammeroper Schloss Rheinsberg

Otto Theel

Bürgermeister v. Neuruppin (bis 2005), Landtagsabgeordneter

Prof. Dr. Wolfgang Methling

Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern

Wolfgang Wieland

Bündnis 90/Die Grünen

Karl.-F. Foerster

Direktor des Schlosshotels Fleesensee

Jörg Schönbohm

Innenminister des Landes Brandenburg

Ulrich Junghanns

Wirtschaftsminister des Landes Brandenburg

Ulrich Folgart

Präsident des Landesbauernverbandes von Brandenburg

Dirk Michaelis

Rockmusiker

Prof. Dr. Lothar Bisky

Parteivorsitzender der PDS

Kathrin Knuth

Landrätin des Kreises Mecklenburg-Strelitz

Hans-Peter Schurz

Dirigent, Chorleiter und Dozent,
Träger des Bundesverdienstkreuzes

Christina Koenig

Autorin

Dr. Angelika Zahrnt

Bundsvorsitzende des Bundes für Umwelt und
Naturschutz Deutschland (BUND)

Dr. Rolf Gössner

amtierender Präsident der Liga für Menschenrechte

Prof. Dr. Michael Succow

Botanisches Institut und Botanischer Garten der
Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald

Hanns Peter Nerger

Geschäftsführer Berlin Tourismus Marketing GmbH

Quelle: www.proheide.de/aktuell

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

Zwischen den Städten Wittstock, Rheinsberg, Neuruppin und Kyritz richtete die sowjetische Armee durch umfangreiche Zwangsentignungen ab 1950 einen 144 km² großen Bombenabwurfplatz ein. Seit dem sowjetischen Truppenabzug wird das Gelände ohne förmliches Planungsverfahren von der Bundeswehr beansprucht.

Daraufhin entstand **1992** die Bürgerinitiative

FREie HEiDe in Brandenburg und

2002 die Aktionsgemeinschaft **FREIER HIMMEL** in Mecklenburg.

Mit öffentlichen Aktionen, unzähligen Protestwanderungen, Spenden- und Unterschriftensammlungen stellen Sie Öffentlichkeit her und unterstützen Kommunen und Einzelkämpferinnen der juristischen Auseinandersetzung um das Bombodrom. So gelang es bisher auf dem politischen und juristischen Wege jahrelang, Tieffluglärm und Bombenabwürfe in der Heide zu verhindern.

2003 entstand **ProHeide** - Unternehmer kontra Bombodrom. Unternehmen aus Mecklenburg und Brandenburg setzen sich für eine zukunftsfähige Wirtschaft und somit gegen das Bombodrom ein.

2004 entstand **ProUrlaub - Feriengäste gegen das Bombodrom**. Feriengäste unserer Region erhalten die Möglichkeit, sich aktiv für den Erhalt ihrer Ferienregion einzusetzen.

Alle Initiativen haben ein gemeinsames Ziel:

**KEIN
BOMBODROM**

Quelle: FREie HEiDe

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

Helfen Sie mit, diese Ferienregion zu erhalten

Sie können

- **sich in unsere Unterschriftenliste eintragen, die dem Bundestag übermittelt wird.**
Tragen Sie Ihren Namen, PLZ/Wohnort und Ihre Unterschrift ein und füllen Sie eventuell die 2 Spalten – Alter / Kinder, für die Ihre Unterschrift gilt – aus.
- **Ihrem/r Bundestagsabgeordneten eine der hier ausliegenden Postkarten zusenden, mit der Sie ihn/sie auffordern, Ihre Interessen wahrzunehmen.**
 1. Wählen Sie eine Karte aus, tragen Sie Ihren Ferienort (oben) ein, unterschreiben Sie und geben Sie Ihren Wohnort mit Postleitzahl an (unten).
 2. In die Leerzeile der Adresse tragen Sie „Ihre/n“ Bundestagsabgeordnete/n ein, den/die Sie in der ausliegenden Wahlkeisliste finden und geben Sie die Karte hier wieder ab.
Fehlt die Liste oder finden Sie Ihren Wahlkreis nicht: Geben Sie Ihre Karte trotzdem ab, wir werden den Adressaten ergänzen.

**ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin-Menz,
Tel.: 033082/40772, email: ProUrlaub@t-online.de**

Weitere Informationen zu den einzelnen Initiativen und zum „Stand der Dinge“ finden Sie in dieser Mappe.

Umfassende Informationen finden Sie im Internet unter:
www.freieheide.de, www.freier-himmel.de www.proheide.de

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin



Am 23. August 1992 gründete sich die Bürgerinitiative **FREIE HEIDE** in Schweinrich. Sie wendet sich gegen die militärische Nutzung eines ehemaligen Truppenübungsplatz der sowjetischen Armee 100 km nordwestlich von Berlin durch die Bundeswehr.

Das Areal hat eine Größe von 144 km² (ca. 1/6 von Berlin oder 1/3 der Fläche von Köln) und liegt in der Kyritz-Ruppiner Heide in Nordbrandenburg. Durch die beabsichtigte Nutzung als Bombenabwurfplatz ist aber auch die Region im Süden Mecklenburgs betroffen, da hier die Einflugschneisen geplant sind. Durch Lärm- und Schadstoff-Emissionen ist der Tourismus, der sich in den letzten Jahren als Standbein dieser malerischen Region entwickelt hat, bedroht.

FREIEHEIDE ist inzwischen ein Symbol für kreativen, friedlichen Protest. Seit Jahren findet am Ostersonntag eine der größten Ostermarschaktionen in Deutschland in Fretzdorf statt. Die Frage des „Bombodrom“ ist kein lokales Problem - es ist ein BUNDES- ja sogar EURO-PA-relevantes Thema! Bei über 90 Protestveranstaltungen haben das mehr als 150.000 Teilnehmer aus Nah und Fern bekräftigt.

Unser Protest erzwang 2004 ein Umdenken in der brandenburgischen Landesregierung und auch die Landtagsabgeordneten des brandenburgischen Parlamentes stimmten mehrheitlich für eine zukünftig friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide. Trotz dieses Erfolges geht der Protest kontinuierlich weiter.

Die Heide wird FREI !

Kontaktadresse

B. Schirge, Dorfstraße 27, 16831 Zühlen
Tel.: 033931 - 23 38, Fax: 033931 349271
info@freieheide.de www.FreieHeide.de



Aus tiefer Sorge um die zukünftige Entwicklung der Mecklenburgischen Seenplatte gründete sich am 30. Januar 2002 die Aktionsgemeinschaft **FREIER HIMMEL**

Grund unserer Sorge sind Pläne der Bundesregierung, denen zufolge in der Kyritz-Ruppiner Heide, in unmittelbarer Nähe der Müritz und des Müritz-National-Parks, Europas größter Luft-/Boden-Schießplatz in Betrieb genommen werden soll. Offiziell wären damit 1700 Einsätze deutscher und alliierter Kampffjets verbunden, die ihr nördliches An- und Abfluggebiet direkt über der Mecklenburgischen Seenplatte in „Höhen“ von bis zu 150 m über Grund überfliegen würden.

Dem inzwischen 190 Mitglieder zählenden Verein gehören neben Privatpersonen aus ganz Deutschland, Betriebe, Vereine, Parteigruppen sowie 3 Städte und 6 Gemeinden per Ratsbeschluß an. Alle verbindet die ernste Befürchtung, dass die Müritz-Strelitzer Region ebenso wie Nordbrandenburg durch die geplante Inbetriebnahme des Luft-/Boden-Schießplatzes Kyritz-Ruppiner Heide existentiell gefährdet ist. Für unsere Lebensqualität, Natur und Umwelt und für die wirtschaftliche Entwicklung in Südmecklenburg und Nordbrandenburg stellt dieser Platz ein unkalkulierbares Risiko und eine unabsehbare Gefahr dar und wird deshalb von uns kompromiss- und bedingungslos abgelehnt. Auch die Landtage und Regierungen Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburg lehnen die Pläne des Verteidigungsministeriums eindeutig ab.

Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Mecklenburgischen Seenplatte seit 1990 ist wesentlich bestimmt von den Vorgaben des gültigen Regionalen Raumordnungsprogramms. Expressis verbis wird dort darauf verwiesen, dass militärische Anlagen, wie z. B. Truppenübungsplätze, in einer vorwiegend touristisch genutzten Gegend einfach fehl am Platze sind. Konsequenterweise wurden daher fast ausnahmslos die einst militärisch genutzten Flächen rund



**UNTERNEHMEN AUS
MECKLENBURG UND
BRANDENBURG FÜR EINE
ZUKUNFTSFÄHIGE WIRTSCHAFT**

Wer sind wir?

Mehr als 250 Unternehmer, Freiberufler, Gewerbetreibende und Grundeigentümer aus Nordbrandenburg und Südmecklenburg haben sich am 15. 09. 2003 in der Seehalle der Fürst Donnersmarck Stiftung zur Unternehmerinitiative **ProHeide** - Unternehmer kontra Bombodrom - zusammengeschlossen. Mehr als 500 Unternehmer haben bereits ihre Ablehnung gegen das Bombodrom mit ihrer Unterschrift bekundet.

Was wir wollen?

Unser Ziel ist eine Stärkung der regionalen Wirtschaft. Wir treten für eine zukunftsfähige Wirtschaft unter dem Leitbild nachhaltigen Wachstums ein. Insbesondere haben wir uns zum Ziel gesetzt, die länderübergreifende Zusammenarbeit zu fördern. Denn nur so kann unsere Tourismusregion im internationalen Maßstab wettbewerbsfähig werden und Arbeitsplätze schaffen.

Was wir nicht wollen!

Wir lehnen die Einrichtung des Luft-/Boden-Schießplatzes Kyritz-Ruppiner Heide als Bombenabwurfplatz ab. Die Luftwaffe beabsichtigt mit Nato-Partnern 1700 Einsätze mit jeweils fünf Anflügen durchzuführen. Die Einsätze sollen an 240 Tagen und 120 Nächten gebündelt werden. Von deutschen sowie von Nato-Militärbasen wird das Bombodrom angefliegen. Um eine Korridorbildung zu vermeiden, soll die gesamte Region gleichmäßig mit Tieffluglärm belastet werden. Beispielsweise wurde im Lärmgutachten für die Gemeinde Lärz ein Schalldruckpegel von 109 dB genannt. Mit gesundheitlichen Schäden muss ab 85 dB gerechnet werden.

Aufgrund der Kerosinbelastung ist beispielsweise die Herstellung von Zutaten für Babynahrung nicht mehr zulässig. Auch der Naturschutz muss Federn lassen. Das größte bundesdeutsche Adlerbrutgebiet und der größte binneneuropäische Kranichrastplatz werden dem Tiefflug geopfert. Dabei nutzt die Luftwaffe ihre bestehende Kapazität nicht. Nordhorn und Siegenburg sind für 4200 Einsätze ausgelegt. Genutzt wurden davon 2003 nur 1037.

Wir wollen nicht,

- dass sich unsere Lebensqualität gravierend verschlechtert
- dass unsere Investitionen zunichte gemacht werden
- dass bereits investierte öffentliche Fördermittel verloren gehen
- dass die natürlichen Ressourcen zerstört werden
- dass unser Grund und Boden entwertet wird
- dass unsere Gesundheit durch Lärm geschädigt wird
- dass unsere Kinder aus der Region abwandern
- dass unsere Region kulturell und sozial verödet
- dass das Image unserer Region geschädigt wird

Die wirtschaftlichen Folgen

Die wirtschaftlichen Folgen der Einrichtung des Bombodroms durch Lärmbelastung und Imageverlust sind für den Tourismus vernichtend. In Nordbrandenburg sind mindestens 1.000 Arbeitsplätze im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe bedroht, in Südmecklenburg 2.000 Arbeitsplätze. Jeder Arbeitsplatz in der Tourismuswirtschaft schafft über seine wirtschaftlichen Verflechtungen ca. 5 weitere Arbeitsplätze. Somit sind 15.000 Arbeitsplätze in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Unsere Wirtschaft benötigt jedoch ein nachhaltiges Wachstum und nicht Stagnation oder Rückgang. Experten bestätigen der Müritz-Ruppiner-Region erhebliche Wachstumspotenziale, wenn eine klare Ausrichtung der Region auf den naturnahen Tourismus und eine internationale Vermarktung erfolgt. Allein im Ruppiner Land gab es im letzten Jahr 1,2 Mio. Übernachtungen und 9 Mio. Tagestouristen, die einen Gesamtumsatz von 240 Mio. Euro ausmachten. In der Mecklenburgischen Seenplatte waren es sogar über 4,5 Mio. Übernachtungen.

Das Bombodrom blockiert zur Zeit Investitionen in Höhe von 300 Mio. Euro.

Machen Sie mit, werden Sie aktiv, unterstützen Sie uns

Kampagnebüro

Karl-Liebknecht Str. 26 (Ecke Regattastr.)
16816 Neuruppin
Tel.: 03391/ 51 22 20 Fax: 03391/ 51 29 48
buero@proheide.de, www.proheide.de

Quelle: ProHeide

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

um die Müritz in zivil zu nutzende Flächen umgewandelt.

Vertrauend auf die bindenden Aussagen des Raumordnungsprogramms flossen große Summen an Eigenkapital, Fördermitteln und Krediten in touristische Unternehmen unterschiedlichster Art. Ob Ferienpark oder Fahrradverleih, First-Class-Hotel oder Zimmervermietung im Nebenerwerb, systematisch entwickelte sich der Tourismus zur einzig perspektivreichen Wirtschaftsform. Davon abhängig wuchs ein Netz nachgeordneter Dienstleistungen. Neben dem naturnahen Aktivtourismus, sowie dem sich langsam etablierenden ökologischen Landbau, bevorzugten Rehabilitationskliniken und Wellness-Einrichtungen, der Seminar- und Tagungstourismus und Kulturprojekte diese von Lärm und Schadstoffen freie Region.

Unsere Sorgen teilt auch der regionale Planungsverband „Mecklenburgische Seenplatte“. Sollte der Platz eingerichtet werden, müsste die Müritz-Strelitzer Region seiner Analyse zufolge als „intensiv genutztes militärisches Tieffluggebiet mit Ausschlusswirkung für touristische Raumnutzung eingestuft werden. ... Kompensatorische Entwicklungsalternativen gibt es für diesen Raum auf Grund der ländlich peripheren und strukturellen Allgemeinsituation definitiv nicht – die Region ist auf den Tourismus angewiesen!“

Angesichts dieser Perspektive bleibt uns nur der Protest. Allein eine grundlegende Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse der Regionen Kyritz-Ruppiner Heide und der Mecklenburgischen Seenplatte hätte längst zur Einstellung der militärischen Pläne führen müssen. Die Zahl der durch den Platz lediglich in Aussicht gestellten Arbeitsplätze steht in keinem Verhältnis zur Zahl derjenigen, die bereits existieren und die durch ihn bedroht sind.

Wir halten es allein schon moralisch für geboten, einer Region, die mehr als 70 Jahre durch militärische Nutzung weit mehr beeinträchtigt als gefördert wurde, endlich die politisch gewollte, ausschließlich zivile, Perspektive zu ermöglichen.

Kontakt:

Barbara Lange, Schildkamp 1b, 17252 Mirow,
Tel.: 039833-269822, mail@freier-himmel.de
www.freier-himmel.de

Quelle: FREIER HIMMEL

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

GESCHICHTE DER FREIEN HEIDE

Das Gelände zwischen Wittstock, Rheinsberg und Neuruppin wurde nach 1950 vom sowjetischen Militär schrittweise besetzt, die Eigentümer zwangsenteignet, ein Artillerieschießplatz und Bombenabwurfplatz eingerichtet. Dieses Bombodrom hatte eine Fläche von 144 km² (entspricht ca. 1/6 Berlins) und erreichte 20 km in Nord-Süd- und maximal 10 km in Ost-West-Ausdehnung.

Nach der deutschen Einigung 1990 begann die Bevölkerung, die zivile Nutzung zu gestalten. So wurden erste Schritte für die touristische Erschließung getan und ein Wegenetz verknüpft. Die Bundeswehr ermutigte dies anfangs, veröffentlichte aber 1992 den Plan, das Bombodrom „weaternutzen“ zu wollen, worauf der Protest entstand, der bis heute anhält.

Am 22. Dezember 1993 übertrug das Bundesvermögensamt die Liegenschaft an die Bundeswehr. Fast gleichzeitig verschickte die Oberfinanzdirektion Cottbus Eigentumstitel an Gemeinden, Kirchengemeinden und einige Privatpersonen. Im Frühjahr 1994 wurde gemeinsam eine Klage auf Unterlassung der militärischen Nutzung und Herausgabe des Eigentums eingereicht.

Entscheidend war die Klage der anliegenden 14 Gemeinden, die sie mit ihrem grundgesetzlich verankerten Planungsrecht begründeten. Sie bekamen in der ersten und zweiten Instanz recht, weil der Einigungsvertrag, auf den sich die Bundeswehr berief, keine expliziten Weiternutzungsrechte für Flächen der Alliierten vorsah. Die Bundeswehr musste somit die Neueinrichtung des Truppenübungsplatzes und ein Planungsverfahren anstreben. Alle eigentumsrechtlichen und anderen Fragen wurden dem oben beschriebenen Verfahren untergeordnet. Die Reduzierung der deutschen Luftwaffe seit Anfang der neunziger Jahre von 892 (mit NVA) auf 506 Flugzeuge erschwerte andererseits den Nachweis des Bedarfs für die Bundeswehr weiter. Die rot-grüne Koalition prüft diesen Bedarf zumindest. Alles in allem ging es also vor Gericht auch um eine Abwägung von Grundrechten.

Der Widerstand und Protest der letzten 10 Jahre wurde von großen Teilen der einheimischen Bevölkerung und Freunden aus vielen anderen Regionen getragen.

Quelle: www.freieheide.de

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

breite Akzeptanz in der Bevölkerung und möglichst viel Kooperation. Eine konfrontative Durchsetzung des Luft-/Boden-Schießplatzes gegen den einmütigen Willen der Bevölkerung und ihren politischen Repräsentanten auf kommunaler und Landesebene würde diesen bewährten Grundsätzen völlig zuwiderlaufen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ohne Zeitverzug auf einen künftigen Luft-/Boden-Schießplatz Wittstock zu verzichten und eine zivile Nutzung der Liegenschaft zu ermöglichen,
2. im Rahmen der Transformation der Bundeswehr die Übungseinsätze und Belastungen an den bisherigen Übungsplätzen weiter zu reduzieren
3. im Rahmen eines abgestimmten Regionalentwicklungskonzeptes das Land Brandenburg bei der Räumung der Munitionsaltlasten auf dem ehemaligen sowjetischen Übungsplatz angemessen zu unterstützen, soweit es im Rahmen eines abgestimmten Regionalentwicklungskonzeptes für Teilbereiche notwendig ist.

Berlin, den 28. Januar 2005

Winfried Nachtwei	Fritz Kuhn
Ernst Bahr (Neuruppin)	Undine Kurth (Quedlinburg)
Götz-Peter Lohmann	Christine Lambrecht
Ingrid Arndt-Brauer	Dr. Reinhard Loske
Cornelia Behm	Dr. Gesine Löttsch
Eckhardt Barthel (Berlin)	Anna Lührmann
Volker Beck (Köln)	Dirk Manzewski
Dr. Axel Berg	Petra-Evelyne Merkel
Grietje Bettin	Christa Nickels
Lothar Binding (Heidelberg)	Petra Pau
Alexander Bonde	René Röspel
Hans-Günter Bruckmann	Claudia Roth (Augsburg)
Dr. Peter Danckert	Christine Scheel
Dr. Herta Däubler-Gmelin	Irmgard Schewe-Gerigk
Ekin Deligöz	Albert Schmidt (Ingolstadt)
Peter Dreßen	Silvia Schmidt (Eisleben)
Dr. Thea Dückert	Werner Schulz (Berlin)
Detlef Dzembritzki	Ursula Sowa
Franziska Eichstädt-Bohlig	Rainer Steenblock
Hans-Josef Fell	Silke Stokar von Neuforn
Katrin Göring-Eckardt	Christian Ströbele
Wolfgang Grothaus	Jella Teuchner
Anja Hajduk	Wolfgang Thierse
Winfried Hermann	Marianne Tritz
Peter Hettlich	Simone Violka
Ulrike Höfken	Dr. Marlies Volkmer
Thilo Hoppe	Dr. Antje Vollmer
Michaele Hustedt	Dr. Ludger Volmer
Ernst Kranz	Andrea Wicklein

Quelle: www.nachtwei.de/downloads/antrag

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

Deutscher Bundestag Drucksache 15/4792

15. Wahlperiode 28. 01. 2005

Antrag

der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Ernst Bahr (Neuruppin), Götz-Peter Lohmann, Ingrid Arndt-Brauer, Cornelia Behm, Eckhardt Barthel (Berlin), Volker Beck (Köln), Dr. Axel Berg, Grietje Bettin, Lothar Binding (Heidelberg), Alexander Bonde, Hans-Günter Bruckmann, Dr. Peter Danckert, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Ekin Deligöz, Peter Dreßen, Dr. Thea Dückert, Detlef Dzembritzki, Franziska Eichstädt-Bohlig, Hans-Josef Fell, Katrin Göring-Eckardt, Wolfgang Grothaus, Anja Hajduk, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Michaele Hustedt, Ernst Kranz, Fritz Kuhn, Undine Kurth (Quedlinburg), Christine Lambrecht, Dr. Reinhard Loske, Dr. Gesine Löttsch, Anna Lührmann, Dirk Manzewski, Petra-Evelyne Merkel, Christa Nickels, Petra Pau, René Röspel, Claudia Roth (Augsburg), Christine Scheel, Irmgard Schewe-Gerigk, Albert Schmidt (Ingolstadt), Silvia Schmidt (Eisleben), Werner Schulz (Berlin), Ursula Sowa, Rainer Steenblock, Silke Stokar von Neuforn, Christian Ströbele, Jella Teuchner, Wolfgang Thierse, Marianne Tritz, Simone Violka, Dr. Marlies Volkmer, Dr. Antje Vollmer, Dr. Ludger Volmer, Andrea Wicklein

Die Regionalentwicklung in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern braucht Klarheit – Die zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ist überfällig

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Seit 1992 währt der Streit um eine militärische oder zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide. Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) beabsichtigt, auf dem Gelände des ehemaligen Bombenabwurfplatzes der sowjetischen Streitkräfte einen Luft-/Boden-Schießplatz einzurichten. Geplant sind bis zu 1 700 Einsätze pro Jahr mit Übungsbomben und -munition. Eine breite Bürgerbewegung hat sich den Plänen der Bundesregierung von Anfang an widersetzt. Die Klagen etlicher Anrainergemeinden haben bisher die Inbetriebnahme des Platzes verhindert. Ein Ende des Rechtsstreits ist nicht absehbar. Die Landtage und Landesregierungen von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern haben sich gegen die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ausgesprochen.
2. Zur Gewährleistung ihrer Einsatzbereitschaft benötigt die Bundeswehr ausreichend Übungsplätze und -einrichtungen. Dieser Übungsbedarf ruft immer wieder einen Zielkonflikt mit dem Anspruch der Bevölkerung auf Lärm- und Gesundheitsschutz mit Belangen des Umweltschutzes und der Regionalentwicklung hervor. Dabei gilt das Postulat, die Belastungen für Bevölkerung und Umwelt so gering wie möglich zu halten.
3. Der geplante Luft-/Boden-Schießplatz Wittstock ist für die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland keineswegs unverzichtbar. Seit 1990 kommt die Luftwaffe ohne den Standort Wittstock aus. Das Nutzungskonzept für Luft-/Boden-Schießplätze aus dem Jahr 1992, das für die Bedarfsanmeldung eines dritten Luft-/

Boden-Schießplatzes mit entscheidend war, ging davon aus, dass von den geplanten 7 200 Übungseinsätzen 3 200 in Nordhorn, 1 000 in Siegenburg und 3 000 im Raum Wittstock absolviert werden sollten. In Wirklichkeit ging seitdem das Übungsaufkommen massiv zurück. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland von Bundeswehr (764) und alliierten Streitkräften (273) insgesamt nur noch 1 037 Einsätze, davon 799 in Nordhorn (1992 : 2 573) und 216 in Siegenburg (1992:1 260), geflogen. Der Bedarf für einen neuen Platz und die Belastungen für die beiden bisherigen Übungsplätze sind damit drastisch zurückgegangen. Im vergangenen Jahr wurde entschieden, bis 2005 zwei Tornado-Geschwaderäquivalente (80 bis 90 Flugzeuge) aufzulösen. Dies wird zu einer weiteren Reduzierung der Übungsbelastungen in Nordhorn und Siegenburg führen.

4. Für die Bundeswehr sind internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im Rahmen der Ziele und Regeln der Vereinten Nationen auf absehbare Zeit die wahrscheinlichere Aufgabe und primär strukturbestimmend. Die künftigen Einsatzkräfte der Bundeswehr sollen nach Stabilisierungs- und Eingreifkräften differenziert werden. Bei den vorrangigen Stabilisierungseinsätzen z. B. auf dem Balkan oder in Afghanistan sind nicht tieffliegende Jagdbomber gefragt. Bei Erzwingungs- und Kampfeinsätzen, die nicht ausgeschlossen werden können, ist die Abstands- und Präzisionsfähigkeit der Luftwaffe zwingend gefordert. Die Bekämpfung von Bodenzielen im Tiefflug mit un gelenkten Bomben gehört – insbesondere wegen des hohen Risikos – der Vergangenheit an. Grundmerkmal der künftigen Eingreifkräfte ist deshalb ihre präzise Abstands-fähigkeit. Mit der Umrüstung auf Abstandswaffen sinkt der Luft-/Boden-Übungsbedarf weiter auf eine Restgröße. Der in einigen Jahren zulaufende Eurofighter ist für seine Jagdbomberrolle nur noch mit Abstandswaffen ausgerüstet. Mittelfristig, d. h. im Laufe des nächsten Jahrzehnts werden überdies „unbemannte Luftfahrzeuge“ an Bedeutung gewinnen. Dafür ist kein neuer Übungsplatz notwendig. Auf den bisherigen Übungsplätzen kann die Übungsbelastung weiter sinken.

5. Luft-/Boden-Einsätze und militärischer Tiefflug rufen eine erhebliche und überdurchschnittliche Belastung für die betroffene Bevölkerung hervor. Das Argument einer gerechten Lastenverteilung des Übungslärms – hier zwischen West und Ost – geht an den historischen und aktuellen Besonderheiten der verschiedenen Regionen vorbei. Wenn eine Region in Deutschland einen berechtigten Anspruch auf Lastenverteilung hat, dann ist es die Region Kyritz-Ruppiner Heide. Die Übungsbelastung im Raum Wittstock war zu DDR-Zeiten bei bis zu 18 000 Einsätzen pro Jahr mit scharfer Munition und Bomben so extrem und einzigartig, dass für die Bevölkerung der Region ein Nachholbedarf an unbelasteter Entwicklung besteht. Noch im Jahr 1992 flogen die russischen Luftstreitkräfte 5 342 Einsätze. Die auf den ersten Blick plausible Forderung nach „gerechter“ Lastenverteilung zwischen Ost und West läuft vor diesem Hintergrund auf eine fortgesetzte Sonderbelastung der Region Wittstock hinaus. Angesichts der Bedarfsanmeldung von bis zu 1 700 Einsätzen von alliierten und Bundeswehr bei einem derzeitigen Ist von lediglich 1 000 Einsätzen besteht vor Ort nicht zu Unrecht die Befürchtung,

dass perspektivisch die Übungsplätze im Westen geschlossen und bislang im Ausland absolvierte Übungen von Bundeswehr und Bündnispartnern nach Wittstock verlagert werden könnten.

6. Die wesentliche Entwicklungschance der Region um die Kyritz-Ruppiner Heide besteht in einem naturnahen Tourismus und erfordert eine besondere Sensibilität gegenüber militärischem Fluglärm. Seit den 90er Jahren sind in der Region viele kleine Unternehmen entstanden, die vom Tourismus leben und oftmals über die regionale Schwerpunktförderung Starthilfen aus öffentlichen Mitteln erhielten. In den Jahren 1991 bis 2003 wurden 240 Mio. Euro GA- und EFRE-Mittel (GA: Gemeinschaftsaufgabe; EFRE: Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung) für die gewerbliche Wirtschaft und Infrastruktur der betroffenen Landkreise Ostprignitz-Ruppin, Müritz und Mecklenburg-Strelitz genehmigt. Damit konnten über 3 000 Dauerarbeitsplätze gesichert werden. Zusätzlich flossen in diesem Zeitraum 160 Mio. Euro KfW-Mittel (KfW: Kreditanstalt für Wiederaufbau) in die Tourismusentwicklung dieser Landkreise. Viele ortsansässige Unternehmer sehen sich durch die Pläne des BMVG in ihrer Existenz bedroht. Das vom Bund beigebrachte Lärmgutachten beruft sich auf das Fluglärmschutzgesetz von 1971. Es beachtet die neueren Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung nicht und ist deshalb als Nachweis der Vereinbarkeit von Luft-/Boden-Schießplatz und Tourismus unbrauchbar. Ein umfangreiches Lärmgutachten vom März 2004, das vom aktuellen Stand der Lärmwirkungsforschung ausgeht, kommt zu dem Ergebnis, dass „für einen wesentlichen Teil der bewohnten Gebiete im nördlichen Bereich des Übungsplatzes die Grenzwerte der gesundheitlichen Zumutbarkeit aus lärmmedizinischer Sicht überschritten werden“ (Gutachten Truppenübungsplatz Wittstock von Prof. Dr. Manfred Spreng).

7. Die Ungewissheit über die Zukunft der Heide ist ein wachsendes Investitionshemmnis und blockiert damit die Regionalentwicklung. Umfragen der Industrie- und Handelskammern Neubrandenburg und Potsdam in 2003 ergaben, dass mehr als dreiviertel der Unternehmer in der Region eine deutliche Verschlechterung der Geschäftsbedingungen infolge einer militärischen Nutzung erwarten. Damit verbunden sind die zurückhaltende Vergabe neuer Kredite durch Banken, Umsatzrückgang, Liquiditätsprobleme und die Rückstellung von Investitionen. Infolgedessen wird mit einem Abbau von Arbeitsplätzen gerechnet. Deshalb kann nicht auf den Ausgang des langjährigen Rechtsstreits gewartet werden.

8. Die Hoffnungen auf eine künftige neue Garnison Wittstock sind wenig realistisch. Das neue Stationierungskonzept der Bundeswehr soll durch Schließung von ca. 100 Standorten erhebliche Finanzmittel einsparen. Das bringt für viele Regionen schmerzhaftes Einschnitte mit sich. Vor diesem Hintergrund wäre die Neugründung eines Standortes in Wittstock für mindestens ca. 60 Mio. Euro nicht vertretbar. Ein solches Vorhaben würde von vornherein die Glaubwürdigkeit des neuen Stationierungskonzeptes beschädigen.

9. Die Bundeswehr legt großen Wert auf ihre Integration in die Gesellschaft und auf zivil-militärische Zusammenarbeit. Gerade in ihren Einsatzgebieten legt sie höchsten Wert auf